



Öffentliche Unterstützungsinstrumente für Umstrukturierungen in Europa

Zusammenfassung

Einleitung

Der Bericht 2011 des Europäischen Beobachtungsinstrumentes für Umstrukturierungen (*European Restructuring Monitor*, ERM) präsentiert eine Datenbank mit öffentlichen und auf Ebene der Sozialpartner ergriffenen Fördermaßnahmen, um Umstrukturierungen in den EU-27 und in Norwegen vorherzusehen und zu bewältigen. Umstrukturierungen von Wirtschafts- und Humanressourcen in Richtung produktiverer und ertragreicherer Aktivitäten sind zwar für die Dynamik der europäischen Wirtschaft unverzichtbar, können jedoch Probleme für die Arbeitnehmer nach sich ziehen. Institutionen und Strategien dürfen deshalb nicht nur den notwendigen strukturellen Wandel unterstützen, sondern müssen auch die negativen Auswirkungen mildern, die künftige Anpassungen des Arbeitsmarktes auf Unternehmen wie auf Arbeitnehmer haben können. Um dies zu erreichen, kann eine große Zahl von Umstrukturierungsinstrumenten sehr unterschiedlicher Art zum Einsatz kommen. Alle sollten den Wandel vorhersehen und lenken, auf die Erfordernisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen eingehen und Elemente aus nahezu der gesamten Sphäre der sozioökonomischen Politik mit einschließen.

Politischer Kontext

Zu diesem Thema sind umfangreiche Untersuchungen und politische Analysen durchgeführt worden, beispielsweise von der Europäischen Kommission, den Europäischen Sozialpartnern und der Internationalen Arbeitsorganisation. Daraus sind zahlreiche Fallstudien, Beispiele für bewährte Lösungen und Politikberichte entstanden, von denen viele auf Workshops und Seminaren in ganz Europa vorgestellt worden sind. Diese Vorarbeiten bilden einen wichtigen Beitrag für die ERM-

Datenbank. Der Mehrwert dieser Initiative ergibt sich aus der systematischen Erfassung und Klassifizierung dieser vielen Instrumente sowie aus ihrer Darstellung in einem logischen und zugänglichen Format, das es den verschiedenen politischen Akteuren gestattet, das breite Spektrum politischer Instrumente in kohärenter Weise aus vergleichender Sicht zu prüfen.

Wichtigste Erkenntnisse

Unter Verwendung einer Vielzahl eigener und anderer Quellen konnten die Mitarbeiter von Eurofound zwischen Frühjahr 2009 und Frühjahr 2011 in Sekundäruntersuchungen (Literatur- und Dokumentenübersichten, Datenbank- und Internetrecherchen, Teilnahme an Seminaren, Konferenzen und Workshops usw.) nahezu 400 relevante Umstrukturierungsinstrumente ermitteln, zusammenstellen und kategorisieren. Das Eurofound-Netz europäischer Beobachtungsstellen prüfte dann Ende 2010 und Anfang 2011, ob diese Instrumente derzeit angewendet werden. Rechtliche Regelungen für Entlassungsverfahren, Kündigungsschädigungen oder dergleichen werden in der Datenbank der Unterstützungsinstrumente jetzt noch nicht berücksichtigt, sollen aber zu einem späteren Zeitpunkt gesammelt und zusammengestellt werden. Auch ist die Datenbank noch nicht in der Lage, für jede einzelne verfügbare Maßnahme eine umfassende Liste bereitzustellen. Sobald neue Informationen verfügbar werden, wird sie aber auf den neuesten Stand gebracht. Man könnte die Datenbank als eine Gedankensammlung für öffentliche und private Entscheidungsträger verstehen, die mit Umstrukturierungen konfrontiert sind. Ein weiterer Vorbehalt ergibt sich aus den

methodischen Beschränkungen, nämlich eine gewisse Konzentration auf nationale Instrumente (im Gegensatz zu regionalen und lokalen Maßnahmen, von denen aber auch einige aufgenommen wurden) und auf wesentliche Programme in Verbindung mit Konzepten, die als besonders innovativ oder unüblich eingestuft wurden.

Wie schon in den Vorjahren bietet der ERM-Jahresbericht eine Übersicht über Umstrukturierungen in der Europäischen Union. Im Zeitraum von 18 Monaten vom ersten Quartal 2010 bis zum zweiten Quartal 2011 wurden die Daten von mehr als 1 800 groß angelegten Umstrukturierungen erfasst. Die angekündigten Arbeitsplatzverluste lagen weiterhin in jedem Quartal über der Anzahl neuer Arbeitsplätze wie dies seit dem ersten Quartal 2008 der Fall ist –, doch ist das Ausmaß der Umstrukturierungen gegenüber den Quartalen Ende 2008 und Anfang 2009, als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, stark rückläufig. Auf Sektorebene war die plötzliche Zunahme der angekündigten Arbeitsplatzverluste in der öffentlichen Verwaltung die bemerkenswerteste Entwicklung. Sie ist für fast ein Drittel der Arbeitsplatzverluste verantwortlich und hat die verarbeitende Industrie als denjenigen breiten Einzelsektor abgelöst, der 2010-2011 von umstrukturierungsbedingten Arbeitsplatzverlusten am stärksten betroffen war. Den Hintergrund bilden Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und allgemeine Sparmaßnahmen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten versuchten nach den außerordentlichen Maßnahmen der Jahre 2008-2009 zur Rettung des Banken- und Finanzsystems sowie nach der anschließenden Rezession ihre Haushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Während die Beschäftigung in den zentralen und lokalen Regierungen davon betroffen zu sein scheint – insbesondere in einigen der Länder, die besonders hart von der Rezession getroffen wurden, wie etwa Lettland, aber auch in großen Mitgliedstaaten wie dem Vereinigten Königreich und Frankreich – ist die Beschäftigung in anderen vorwiegend staatlich finanzierten Sektoren wie dem Gesundheits- und Bildungswesen sowohl während als auch nach der Rezession 2008-2009 weiter gewachsen. Im Zeitraum vom ersten Quartal 2008 bis zum ersten Quartal 2011 sind nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung ungefähr 1,5 Mio. neue Arbeitsplätze im Gesundheitssektor der EU-27 entstanden (+7 %).

Zu besonders hohen Arbeitsplatzverlusten kam es in der verarbeitenden Industrie und im Baugewerbe, doch gibt es für das Jahr bis Mitte 2011 in bestimmten Teilsektoren der verarbeitenden Industrie Hinweise auf eine Erholung. Im Baugewerbe nahm die Beschäftigung mit einem Rückgang von mehr als 2 % im letzten Zeitraum von 12 Monaten dagegen weiter ab, da die schwache Erholung dem konjunkturabhängigen Sektor nicht viel Schub verleihen konnte.

Bei der Arbeitsmarktlage zeigten sich im letzten Jahr von Land zu Land dramatische Unterschiede. In einigen der Mitgliedstaaten, die von der Rezession am stärksten betroffen waren, gab es ermutigende Anzeichen eines Aufschwungs. In allen baltischen Republiken stiegen die Beschäftigungsquoten, in Estland um mehr als 5%. Auf ähnliche Weise überstand ein nordeuropäisches „Kerngebiet“ mit Deutschland, Polen, Schweden und einigen Nachbarländern die Rezession mit vergleichsweise intakten Arbeitsmärkten. Gleichzeitig hatte die Staatsverschuldung in einige Mitgliedstaaten der Eurozone eindeutige Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte von Griechenland, Irland und Spanien – in allen diesen Ländern war die Beschäftigung rückläufig. Auch Slowenien und Bulgarien befanden sich in einem europäischen Arbeitsmarkt der zwei Geschwindigkeiten auf der langsamen Seite.

Fasst man die Ergebnisse für beide Bereiche des europäischen Arbeitsmarktes zusammen, ergibt sich in den EU-27 zwischen den ersten Quartalen 2010 und 2011 ein Beschäftigungsplus von knapp 1,3 Millionen Arbeitsplätzen – angesichts des Verlustes von 5 Millionen Arbeitsplätzen in den beiden vorangegangenen Jahren ist dies nur geringfügig besser als ein Aufschwung ohne Beschäftigungszuwachs. Und für die kommenden 12 Monate gibt es gute Gründe, bei den Aussichten auf die Beschäftigung in Europa vorsichtig zu bleiben.

Weitere Informationen

Der Bericht „Public instruments to support restructuring in Europe“ (Öffentliche Unterstützungsinstrumente für Umstrukturierungen in Europa) ist abrufbar unter <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1165.htm>.

Die Datenbank der Unterstützungsinstrumente ist unter <http://www.eurofound.europa.eu/emcc/erm/supportinstruments/> zu erreichen.

Wenn Sie weitere Informationen benötigen, setzen Sie sich bitte mit Frau Irene Mandl, Forschungsleiterin, unter ima@eurofound.europa.eu in Verbindung.